

Donald Trump im Februar 2021 an der Conservative Political Action Conference in Oregon, einer Veranstaltung von rechtsgerichteten Aktivisten. Mark Peterson/The New York Times/saf

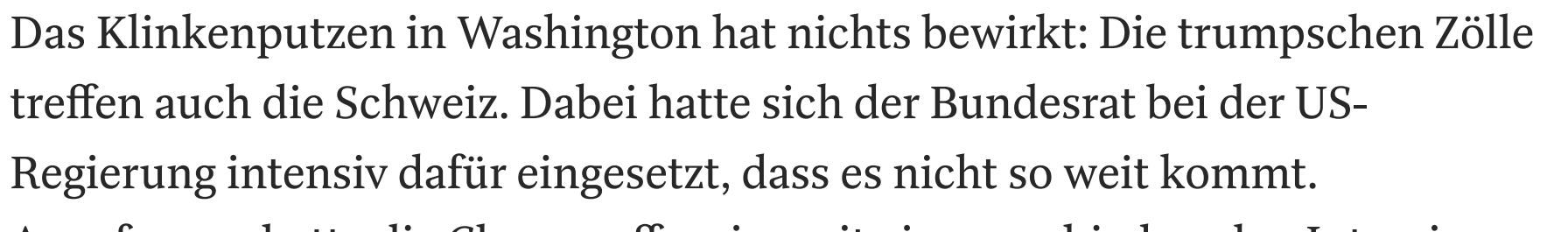
Der böse Uncle Sam

Die Schweiz hat sich immer wieder mit dem Powerplay der USA arrangiert. Der Versuch, die US-Zölle abzuwenden, ist aber missglückt. Es ist Zeit einzusehen, dass auf die USA kein Verlass mehr ist.

Eine Analyse von [Priscilla Imboden](#), 04.04.2025

 A A  Teilen  128 Beiträge

 11 Minuten



Das Klinkenputzen in Washington hat nichts bewirkt: Die trumpschen Zölle treffen auch die Schweiz. Dabei hatte sich der Bundesrat bei der US-Regierung intensiv dafür eingesetzt, dass es nicht so weit kommt. Angefangen hatte die Charmeoﬀensive mit einem anbiedernden Interview von Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter ausgerechnet in einem für Europa desaströsen Moment. Darauf folgten [ein Brief](#) des Staatssekretariats für Wirtschaft an den Handelsbeauftragten von Donald Trump, in dem die Schweiz nebenbei die EU kritisierte, sowie ein Blitzbesuch der Staatssekretärin Helene Budliger Artieda in Washington, wo sie Vertretern der US-Regierung erklärte, welch gute Partnerin die Schweiz doch sei.

Nach Trumps Ankündigung, gegen die Schweiz sogar besonders hohe Zölle zu verhängen, stellt sich die Frage umso dringlicher: Wie soll sich die Schweiz positionieren angesichts der erraticen und autoritären Handlungen der Trump-Regierung?

Sie sei «enttäuscht» sagte Karin Keller-Sutter an der [Medienkonferenz zu den US-Zöllen](#), dass der US-Präsident aufgrund von «rudimentären» und «nicht nachvollziehbaren Berechnungen» Zölle erhebe. Wirtschaftsminister Guy Parmelin erklärte, man suche weiterhin den Dialog mit der US-Regierung, um «allfällige Missverständnisse auszuräumen». Es ist aber nicht davon auszugehen, dass weitere Erklärungen etwas bringen. Dem US-Präsidenten sind die Fakten egal, es geht ihm nur um den Effekt. Er entscheidet rein willkürlich aus dem Moment heraus.

Der Bundesrat ist ratlos. Was auch nicht erstaunlich ist, denn die Schweiz befindet sich in einer äusserst ungemütlichen Lage. Wenn die auf dem Völkerrecht basierende Weltordnung durch die Macht des Stärkeren abgelöst wird, sind kleine Staaten, die keinem Bündnis angehören, am stärksten gefährdet: Mit ihnen können die Mächtigen machen, was sie wollen. Wird der Freihandel von einem Wirtschaftskrieg abgelöst, leiden jene Länder am meisten, deren wirtschaftliches Wohlergehen stark vom Weltmarkt abhängt. Wie die Schweiz.

Es kommt noch ein weiteres Risiko hinzu: Gelingt es der Schweiz, sich mit der Regierung Donald Trumps zu arrangieren, geht sie das Risiko ein, dass sie ihre wichtigste Handelspartnerin, die Europäische Union, verärgert und von europäischen Gegenmassnahmen im Handelskrieg mitbetroffen wird. Es ist eine diplomatische Gratwanderung mit mehrfacher Absturzgefahr.

Fehlstart zu Beginn

Auf dieser Gratwanderung startete Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter mit einem Fauxpas. US-Vizepräsident J. D. Vance kündigte an der Münchner Sicherheitskonferenz den schockierten Europäern die Allianz auf. Vance erklärte, der Feind komme von innen, kritisierte die Brandmauer gegen die Rechtsextremen, warf den europäischen Ländern Zensur vor und erwähnte den Aggressor Russland mit keinem Wort.

Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter sagte der Westschweizer Zeitung «Le Temps», die Rede sei «sehr liberal» gewesen und «in gewissem Masse schweizerisch», weil der US-Vizepräsident gesagt habe, man müsse auf die Bevölkerung hören. Eine seltsame Aussage, wenn man bedenkt, dass die Regierung Donald Trumps die [Freiheit zur Meinungsäusserung unterdrückt](#) und Andersdenkende verfolgen lässt. Und so ging das Interview weiter. Auf die Frage, ob seine Kritik gegenüber der EU nicht doch etwas hart gewesen sei, sagte Keller-Sutter: «Das war zu erwarten.» Und zur Frage, ob es Zensur gebe in der EU, erklärte die FDP-Politikerin: «Das ist seine Meinung.» Aussagen, die in der europäischen Diplomatie wohl für wenig Verständnis gesorgt haben.

Wenige Tage später verteidigte sich Keller-Sutter in [einem Interview](#) im Westschweizer Fernsehen RTS und gab erstmals einen Hinweis darauf, welche Strategie der Bundesrat im Umgang mit der Trump-Regierung verfolgt: Die Schweiz müsse «zwischen den zwei Blöcken navigieren», sagte sie.

Die Empörung über die Äusserungen der Bundespräsidentin war gross, und sie hält zumindest bei SP-Nationalrat Fabian Molina bis heute an: «Das ist die alte Logik der Reisläuferei: mit allen Geschäfte machen, von jeder Krise profitieren. Das funktioniert in diesen unsicheren Zeiten nicht», sagt er zur Republik. Molina steht hinter der [Erklärung](#) des Nationalrats, die ein Bekenntnis zu Europa verlangt. Der Bundesrat reagierte einen Tag später mit einer [eigenen Stellungnahme](#): «Die Aussenpolitik der Schweiz hat sich jedoch nicht verändert», stellte Karin Keller-Sutter klar. Das internationale Recht, die Menschenrechte, die Demokratie und der Freihandel seien die zentralen Werte der Schweiz. Der Bundesrat setze sich für einen gerechten Frieden in der Ukraine ein und verurteile den russischen Angriff auf einen souveränen Staat. Er wolle die Beziehungen zu der EU stabilisieren und auch gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika pflegen.

Schweiz gab immer nach

In seinem Büro im Bundesarchiv beobachtet der Historiker Sacha Zala die aktuelle Diskussion, bei aller Ernsthaftigkeit, mit der gewissen Gelassenheit, die einem die Erkenntnis aus der Geschichte verleiht. Navigieren zwischen den Blöcken, das komme ihm bekannt vor, sagt er: «Oja! Das ist das, was die Schweiz immer am besten gemacht hat.» Als Direktor der Forschungsstelle [Dodis](#) (Diplomatische Dokumente der Schweiz) hat Zala vertieften Einblick, wie sich die Schweiz aussenpolitisch in guten wie in schlechten Zeiten geschlagen hat. So auch in den Beziehungen zu den USA, wo es ebenfalls zahlreiche Parallelen zu früher gebe.

Nach dem Ersten Weltkrieg wollten sich die USA von der Welt abwenden, verzichteten auf einen Beitritt zum neu geschaffenen Völkerbund und verabschiedeten sich vom Freihandel. Sie erhoben Zölle, die auch die Schweizer Wirtschaft schmerzlich treffen sollten, wobei damals – anders als heute – die Uhrenindustrie im Vordergrund stand. Doch gelang es dem Bundesrat, mit Washington 1936 einen Handelsvertrag abzuschliessen, der mit relativ niedrigen Zöllen die Stabilität der Schweizer Exportindustrie sicherte. Die USA nötigten dann aber 1950 die Schweiz, neue [Ausstiegsklauseln](#) im Handelsvertrag zu akzeptieren, weil ihr Markt von Schweizer Uhren überschwemmt wurde.

Mit dem Zweiten Weltkrieg habe der Ruf der Schweiz in den USA stark gelitten, sagt Zala. Man nahm ihr das Entgegenkommen gegenüber Nazideutschland und dem faschistischen Italien übel. «Die Schweiz verschlechterte ihre Stellung zusätzlich, indem sie gegen Kriegsende zwischen den Achsenmächten und den Alliierten lavierte und strikt auf ihrer Neutralitätspolitik beharrte.»

Um den Vorwurf der Kriegsgewinnlerei zu kontern, habe die Schweiz in dieser Zeit einen eigenen Begriff erfunden, sagt Historiker Zala. Sie erklärte, sie betreibe Handel nur im Rahmen dessen, was sie vor dem Krieg getan hatte. «Und dann hat man dieser Aussage ein Etikett gegeben: «Courant normal». Dieser Begriff taucht auch in der aktuellen politischen Debatte immer wieder auf, aber eigentlich diene er dazu, die ausländische Kritik an der Neutralität zu entkräften.»

Das beeindruckte die USA allerdings wenig. Sie zwangen die Schweiz in den Fünfzigerjahren dazu, sich praktisch vollständig ins System der Nato-Sanktionen gegen den Ostblock einzufügen. Sacha Zala erklärt: «Damit die Schweizer Seite ihr Gesicht wahren konnte, wurde per Handschlag ein vertrauliches Abkommen geschlossen, ein *gentlemen's agreement*», bekannt geworden als [Hotz-Linder Agreement](#) nach den Delegationschefs Harold Linder und Jean Hotz.» In internen Dokumenten rechtfertigte der Bundesrat die Sanktionsmassnahmen, indem er behauptete, sie seien «autonom-schweizerisch» und darüber hinaus «gerade aus neutralitätspolitischen Gründen von besonderem Wert».

Bern beugte sich auch später immer wieder dem Druck aus Washington. So war es in den Neunzigerjahren, als es um die [nachrichtenlosen Konten von Opfern des Holocaust](#) ging; so war es in den Nullerjahren, als die USA es nicht länger tolerieren wollten, dass US-Bürgerinnen mithilfe des Schweizer Bankenplatzes Steuern hinterzogen, worauf die Schweiz das [Bankgeheimnis für ausländische Kunden abschaffte](#); und so war es auch im Frühling 2022, nachdem im Februar russische Truppen die Ukraine überfallen hatten: Washington und Brüssel sorgten dafür, dass die Schweiz nach anfänglichem Zögern die Sanktionen gegenüber Russland rasch übernahm.

«Courant normal» war gestern

Der Blick in die Geschichte zeigt: Die USA betrieben schon immer Machtpolitik. Die Schweiz hat, indem sie nachgab, jeweils massive wirtschaftliche Nachteile verhindert. Und doch ist der «Courant normal» gegenüber der Trump-Regierung jetzt die falsche Option. Es hat sich nämlich etwas Grundlegendes verändert. Die Vereinigten Staaten verabschiedeten sich von der demokratischen Wertegemeinschaft und der regelbasierten Weltordnung. Die US-Regierung hofiert Diktatoren und Autokraten, denkt laut darüber nach, Länder wie Kanada oder Grönland zu annektieren, und versachtet die europäischen Demokratien.

Das ist neu, und es ist offensichtlich, dass das keine gute Entwicklung ist, weder für die Schweiz noch für die meisten anderen Länder. Die Schweiz profitiert als kleines Land von den multilateralen Institutionen wie der Uno und der Welthandelsorganisation, weil sie allen Ländern eine Stimme geben und die Macht des Stärkeren bremsen. Sie geniesst als neutrales Land, als Hüterin der Genfer Konventionen, die das humanitäre Völkerrecht festhalten, und als Standort mehrerer Uno-Organisationen grosse Glaubwürdigkeit. Die Schweiz sollte sie gerade in diesem Moment offensiv einsetzen, findet Richard Gowan, Uno-Experte der Organisation International Crisis Group: «Die Schweiz hat die Glaubwürdigkeit und die Expertise, um ein Team zu führen, das eine seriöse Analyse durchführt über die Gefahr und das Leid, die durch Sparmassnahmen in gewissen UN-Bereichen entstehen würden. Besonders in humanitären Fragen werden Aussagen der Schweiz sehr ernst genommen.»

Das würde den anderen Geberländern helfen, ihre Ressourcen dorthin zu leiten, wo sie am meisten benötigt werden, wenn die USA sich zurückziehen. Die Erfahrungen, die die Schweiz mit dem Einsatz im Uno-Sicherheitsrat in den letzten zwei Jahren gesammelt hat, verliehen ihr zusätzliches Know-how, sagt Gowan: «Die Schweiz hatte ein paar harte Auseinandersetzungen mit Russland und den USA, aber sie setzte sich für den Multilateralismus und die Kooperation ein. Damit hat sie das Vertrauen gewonnen, das nötig ist, um schwierige Diskussionen zu führen, um die Uno zu bewahren.»

Aussenminister Ignazio Cassis scheint allerdings nicht vorzuhaben, sich engagiert für die multilateralen Institutionen ins Zeug zu legen. Er belässt es im Wesentlichen dabei, eine Diagnose zu stellen – wie ein Mediziner, der eine Krankheit erkennt, aber keine Kur dagegen hat. In [einer Rede](#) vor der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-UNO erklärte er: «Grossmächte setzen ihre Interessen zunehmend kompromisslos durch, Machtpolitik ersetzt die regelbasierte Ordnung.»

Dass es auch anders geht, zeigt der Blick über die Grenze, in ein anderes neutrales Alpenland. Die österreichische Aussenministerin Beate Meinl-Reisinger (Neos) hielt kürzlich ebenfalls eine [Rede vor der Uno](#), konkret vor dessen Sicherheitsrat. Sie wählte mutige Worte: «Wir der Ökonos es nicht akzeptieren, in der Welt zu leben, in der die Mächtigen sich nehmen, was sie wollen, und die Schwachen leiden», sagte die Österreicherin. «Wir müssen die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Wir müssen das internationale regelbasierte System schützen, das auf der Asche des Zweiten Weltkrieges erbaut wurde, nach dem Grauen und den abscheulichen Verbrechen des Holocaust.»

Es geht in Richtung Europa

Die zweite notwendige Folge der neuen Weltlage ist, dass sich die Schweiz an ihre geografische Lage erinnert. «Es ist eine falsche Lesart, zu sagen, dass die Schweiz je zwischen den Blöcken navigierte», sagt Joseph de Weck, «sie war immer mitten in Europa.» De Weck leitet die Europa-Abteilung des geopolitischen Beratungsunternehmens Greenmantle und trat diese Woche an einem Anlass der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik in Bern auf. Die EU sei die Lebensversicherung der Schweiz, wirtschaftlich bereits heute, mittelfristig auch sicherheitspolitisch, erklärt de Weck. In der jetzigen existenziellen Krise stelle sich die Frage, wie die Schweiz dazu beitragen könne, dass Europa als letzter Kontinent der liberalen Demokratien überleben könne. Dazu gehöre etwa eine stärkere Unterstützung der Ukraine, wo die Schweiz sich erstaunlich knausrig zeige, da sie nur halb so viel beisteuere wie das hoch verschuldete Belgien. Eine gemeinsame Aufrüstung mit Europa. Und enge Bande zur EU, denn dass der Staatenbund zusammenstehe, sei die Bedingung dafür, dass die Schweiz auch künftig souverän und wohlhabend bleiben könne. «Nach Washington zu rennen und zu versuchen, kleine Annahmen, Deals mit der Trump-Regierung auszuhandeln, wird nicht funktionieren und würde darüber hinaus die Position der Schweiz in Europa schwächen.»

In der Europafrage scheint sich seit der Machtübernahme Trumps tatsächlich etwas zu bewegen. Aussenminister Ignazio Cassis, der sein wichtigstes Dossier bisher äusserst zurückhaltend vertrat, betont neulich bei jeder Gelegenheit, wie wichtig die Beziehungen zu den Nachbarn sind. An einer Medienkonferenz zum Arbeitstreffen mit der österreichischen Aussenministerin erklärte er diese Woche: «Gute Verhältnisse mit der EU sind eine strategische Notwendigkeit, gerade in dieser schwierigen geopolitischen Lage.»

Es kam zur lang erwarteten Einigung zwischen den Kantonen und Sozialpartnern zum Lohnschutz, die nötig ist, damit die neuen bilateralen Verträge mit der EU mehrheitsfähig werden. Das Parlament verlangte – zusätzlich zur erwähnten Erklärung – gegen den Willen des Bundesrats, im Weltraum umfassend mit der EU zu [kooperieren](#). Dabei geht es um Projekte wie IRIS², die europäische Antwort auf Elon Musks Satellitensystem Starlink. Sicherheitspolitikerinnen [sprechen sich](#) für ein neues sicherheitspolitisches Abkommen mit der EU aus. Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun findet: «Es geht in Richtung Europa, wenn auch stets gegen den erbitterten Widerstand der SVP.» Die Volkspartei steht dabei aber isolierter da als auch schon. SP und Grüne und Grünliberale haben sich schon zu einer Annäherung an Europa bekannt, die Reihen in der Mitte-Partei und der FDP scheinen sich langsam zu schliessen. *«Europe first»*, hat der bisher nicht gerade europafreundliche FDP-Präsident [Thierry Burkart](#) erklärt.

Die Erkenntnis, dass die Schweiz gegen die destruktive trumpistische US-Politik nicht alleine bestehen kann, könnte zu einer europapolitischen Götterdämmerung führen.